



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 23. Januar 2008
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stv. Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 21:10 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten
DL Nrn. 25/07, 28/07

(Drucksachenband 120)

Drucksachenlisten
DL Nrn. 48/07, 50/07

(Drucksachenband 124)

Drucksachenlisten
DL Nrn. 52/07

(Drucksachenband 125)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

öffentliche Sitzung

0001 Tagesordnung

1. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung wird um folgende Punkte ergänzt:

- Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 31.10. und 28.11.2007
- Doppelzahlungen Sozialhilfe

2. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Einstimmig

Zu Beginn der Sitzung werden alle Tagesordnungspunkte aufgerufen. Alle Punkte, zu denen kein Beratungsbedarf besteht, werden zur Abstimmung gestellt. Es handelt sich im folgenden um die Punkte Beschluss Nr. 0002 bis 0009.

0002 Genehmigung der Niederschriften 31.10. und 28.11.2007

Die Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses am 31.10. und 28.11.2007 werden genehmigt.

Einstimmig

0003 07-F-01-0125

Schwarzarbeit auf GWW-Baustelle
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.11.2007 -

Der Bericht der GWW, der den Ausschuss als Tischvorlage erreicht hat, gilt als eingebracht und kommt in der nächsten Ausschusssitzung zum Aufruf, wenn Nachfragen des Ausschusses vorliegen.

Der direkt vom Revisionsamt angeforderte Bericht über Firmen, die im Sinne des Antrages im gesamten Konzern Stadt tätig sind oder waren, wird zu gegebener Zeit vorgelegt.

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 23. Januar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0004 **06-V-07-0010**

Genehmigung von üpl.-Mitteln zum Ausgleich der Stadtanteile an der Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2006 und Anpassung der Haushaltsansätze für das Haushaltsjahr 2007

Der schriftliche Bericht des Dezernates wird zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag des Vorsitzenden den Zusatz, dass davon ausgegangen werden kann, dass es im Jahresabschluss 2007 zu signifikanten Einsparungen im Bereich Winterdienst gekommen sein muss, da im Winter 2007 maximal 2 Schneetage zu verzeichnen waren.

Einstimmig

0005 **07-V-30-0022**

Versicherungen der Landeshauptstadt Wiesbaden

Einstimmig

0006 **07-A-19-0006**

Steuerung von Schulsanierungsmaßnahmen

Zu dem schriftlichen Bericht des Dezernates liegen umfangreiche Gutachten vor, die nicht kopiert werden können.

Vors. Tollebeek wird die Gutachten durchschauen und in der Sitzung des Ausschusses am 27.02.2008 berichten.

Einstimmig

0007 **07-V-66-0241**

Autofreies Rheinufer - Straßenneubau zur Umfahrung der Reduit in Mainz- Kastel

Einstimmig

0008 **07-V-66-0315**

Westring - Verlegung einer Gasleitung (städtischer Anteil gemäß Konzessionsvertrag)

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 23. Januar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0009 **07-V-67-0017**

Fasanerie; Erweiterung des naturpädagogischen Zentrums

Einstimmig

0010 **07-V-51-0051**

Ersatzneubau für die Kindertagesstätte der Ev. Matthäusgemeinde

Stv. Klüssendorf fragt nach, ob die Beteiligung der Stadt auch bei Planüberschreitungen 40 % beträgt.

Herr Werner (Amt für Soziale Arbeit) berichtet, dass sich die Aussage, dass die LHW 40 % der Kosten trägt auf die aktuelle Vorlage bezieht. Sollte es zu Überschreitungen kommen, müssten diese den Gremien zur Genehmigung vorgelegt werden.

Herr Emmel weist darauf hin, dass es bei Überschreitungen zu einer neuen Verrechnung kommen würde.

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass die Kirche 60 % der Kosten trägt und der Anteil der LHW zwar 40 % beträgt, aber da die Stadt nicht der Bauträger ist, dieser Anteil fix ist.

Einstimmig

0011 **07-V-05-0004**

Weiterentwicklung der Informationstechnologie - eGovernment-Masterplan 2007-2009 und eGovernment Labor - Sachstandsbericht zum Bereich Prosoz

Prof. Dr. Wieser und Herr Werner stellen klar, dass die eGovernment-Vorlage und der Prozess Prosoz 2 verschiedene Bereiche umfassen. eGovernment wird zwar im Bereich Prosoz als Pilot gefahren, aber zur Entwicklung von Prosoz wird es demnächst eine neue Sitzungsvorlage geben.

Zu eGovernment hat es in 2005 und 2006 eine Studie der ebs gegeben, die die gesamte Stadt beleuchtet haben und dann Pilotbereiche festgelegt haben. Das Ergebnis der Studie wurde vor Weihnachten vorgestellt. Es muss als zweiter Schritt eine Firma gefunden werden, die die Erkenntnisse der ebs im Bereich der LHW umsetzt. WIVERTIS und t-systems haben den begleitenden Auftrag erhalten und sind auf technologischer Seite tätig.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek teilt Herr Werner mit, dass nach Aussage des Herstellers eine Schnittstelle zwischen Prosoz und SAP möglich ist.

Lt. Prof. Dr. Wieser hat die ebs das heutige Prosoz untersucht und jetzt wird das neue Prosoz eingeführt.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 23. Januar 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Tollebeek weist noch einmal darauf hin, dass für eGovernment bereits 500.000 € genehmigt worden - am Ende soll eGovernment stehen. Er hat Befürchtungen, dass zwar in Pilotbereichen angefangen wurde, eGovernment einzuführen, dass im Großen aber nicht wirklich etwas passiert ist.

Prof. Dr. Wieser berichtet, dass es einen Bericht geben wird, wenn die Laborphase beendet ist und räumt ein, dass man ca. 3 Monate in der Umsetzung des Projektes in Verzug ist. Er schlägt vor, in regelmäßigen Abständen zu berichten, wo das Projekt steht, ob es Verzögerungen gibt, wie viel von den bewilligten Mitteln in Höhe von 500.000 € ausgegeben wurde usw.

Die Mitarbeiter/innen, die für SAP geschult wurden, können jetzt wertvolle Hilfe leisten und die Abläufe vorsteuern.

Vors. Tollebeek möchte genauer wissen, wie viel Geld konkret wofür ausgegeben wird.

Der Ausschuss beschließt auf seinen Vorschlag hin, dass der Fachbereich zeitnah dem Ausschuss einen Bericht darüber vorlegen soll, wann eGovernment flächendeckend in der LHW eingeführt ist.

Einstimmig

0012 07-F-01-0100

WIVERTIS Netzwerkstörungen
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.10.2007-

Der Bericht des Magistrates und des Revisionsamtes liegen dem Ausschuss vor. Die Berichte gelten als eingebracht und kommen in der nächsten Ausschusssitzung erneut zum Aufruf, wenn Fragen zu diesen Berichten vorliegen sollten.

Einstimmig

0013 08-A-19-0001

Investitionscontrolling; HIER: Aufnahme von Verpflichtungserklärungen in Quartalsberichte

Auf Vorschlag von Vors. Tollebeek beschließt der Ausschuss, dass zukünftig die Quartalsberichte um eine Spalte ergänzt werden sollen, aus denen hervorgeht, ob und in welcher Höhe Verpflichtungsermächtigungen eingegangen wurden.

Einstimmig

0014 07-V-03-0005

Strategische und wirtschaftliche Neuausrichtung der städtischen Parkhäuser und des Parkleitsystems - Sachstandsbericht

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 23. Januar 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Ausschuss nimmt zunächst zur Kenntnis, dass für das Parkleitsystem das Tiefbauamt und für die Parkhäuser das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften zuständig ist.

Zum Parkleitsystem wird in Kürze eine Sitzungsvorlage die Gremien erreichen.

Herr Emmel (Kämmerei) berichtet, dass zur Zeit eine Bestands- und Instandhaltungsaufnahme für den Bereich der Parkhäuser durchgeführt wird. Es muss vor allem geklärt werden, wie es mit den einzelnen Parkhäusern weiter gehen soll, da z.B. durch den Bau des Stadtmuseums die Außenflächen des Parkhauses Rhein-Main-Halle wegfallen, das Parkhaus Coulinstraße sanierungsbedürftig ist usw.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass sich die Ausschüsse für Planung, Bau und Verkehr und Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung mit dem Stadtmuseum beschäftigt haben und feststeht, dass das Museum nur gebaut werden darf, wenn die Parkplätze 1 zu 1 wieder hergestellt werden. Das Parkhaus Rhein-Main-Halle sollte man nicht zu Grunde gehen lassen, nur weil die Außenplätze wegfallen. Der Luftschutzbunker in der Nähe steht unter Denkmalschutz, ein Neubau an der Seite der Rhein-Main-Halle ist denkbar. Fallen die Parkplätze an der Rhein-Main-Halle weg, hätte Wiesbaden ein schönes Museum, aber keine Rhein-Main-Halle mehr.

Der Ausschuss wird sich bei Vorliegen der Sitzungsvorlagen weiter mit dem Parkleitsystem und den Parkhäusern beschäftigen. Der Punkt wird in die Liste der offenen Punkte aufgenommen.

Einstimmig

0015 07-A-19-0013

Sanierung der Russischen Kapelle - üpl-Mittel

Zu diesem Punkt ist der neue Leiter des Hochbauamtes, Herr Ballenberger, anwesend und stellt sich kurz vor.

Zu der Sanierung der Russischen Kapelle kann er noch berichten, da er erst seit 2 Wochen im Amt ist und wird daher zu diesem Punkt von Frau Darge, Hochbauamt, unterstützt.

Frau Darge berichtet, dass sich die Mehrkosten noch weiter gesteigert haben. Am Ende wird es zu einem Betrag von 623.000 € kommen. Die Sanierung ist im Prinzip jetzt abgeschlossen; es müssen lediglich die Sandsteinstufen wieder angebracht werden.

Vors. Tollebeek wirft ein, dass Regierungschef Putin am 14.10.2007 in Wiesbaden war und aus dem Anlass die Sanierung der Russ. Kapelle vorgesehen war, aber auch abgeschlossen sein sollte.

Lt. Frau Darge sind die Kuppeln seit Dezember 07 fertig gestellt. Auf Nachfrage berichtet sie, dass der Architekt noch kein ähnliches Projekt begleitet hat, wie es hier in Wiesbaden vorzufinden war, aber auch bundesweit keine ähnliche Maßnahme abgewickelt wurde. Der Architekt habe sich in kurzer Zeit so gut er konnte über die benötigten Arbeiten und die Gegebenheiten informiert.

Herr Fiala (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) teilt mit, dass er ähnlich wie das Hochbauamt vor einem besonderen Problemumfang bei der Sanierungsmaßnahme stand, weil es keine alten Pläne gab, die den wirklichen Umfang der Maßnahmen hätten erkennen lassen. Man hätte erst ein Gerüst stellen müssen, um die Wölbungen der Kuppeln genau begutachten zu können.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 23. Januar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Vors. Tollebeek weist erneut darauf hin, dass die Kuppeln bereits 1958 und 1978 vergoldet wurden und zumindest aus 1978 Pläne und Berechnungen hierzu vorliegen müssten. Man müsse doch auch Gebäude nach dem Stand von 1914 gegen Feuer versichern - das sei doch auch möglich. Nach seinem Kenntnisstand habe man außerdem 15 Mio € dafür ausgegeben, um Wiesbadener Stadtkarten anzufertigen, die Wiesbaden von oben zeigen - hätte man diese nicht auch nutzen können? Man bezahle schließlich Experten, um finanzielle Überschreitungen bei Bauprojekten zu verhindern.

Herr Löber (Revisionsamt) geht davon aus, dass es auch mit einer Kamera mit Teleobjektiv hätte möglich sein müssen, die Struktur der Kuppeln näher zu erforschen.

Nach Ansicht von Vors. Tollebeek kann es bei der Sanierung alter Gebäude zu Unvorhersehbarkeiten kommen; hier hätten sie vermieden werden können.

Herr Ballenberger (Hochbauamt) muss einräumen, dass man mit dem Ergebnis der Arbeiten nicht zufrieden war, aber aufgrund der Zeitknappheit keine andere Entscheidung treffen konnte. Der Architekt habe im Rahmen seiner Möglichkeiten gearbeitet.

Vors. Tollebeek stellt noch einmal klar, warum sich der Revisionsausschuss mit manchen Dingen beschäftigt. Im vorliegenden Fall sei die Bevölkerung mit dem Stand der Dinge nicht zufrieden gewesen und der Ausschuss schaue immer nach Dingen, die schief gelaufen seien.

Stv. Dr. Goßmann fragt nach dem Vertrag, den der Architekt mit der Stadt abgeschlossen hat. Hatte er keine Hinweispflicht, dass die Arbeiten nicht rechtzeitig zum Putin-Besuch fertig würden? Wenn es sich um eine politische Anordnung gehandelt hat, müsste die Dezernentin die Angelegenheit erklären, wobei die Dezernentin bis Ende 2007 auch in Personalunion Leiterin des Hochbauamtes war.

Stv. Koch fragt nach, warum der Betrag, der für den Goldverbrauch angesetzt war, nicht ausgereicht hat. War der Bedarf an Gold pro m² falsch berechnet?

Frau Darge erklärt, dass das Gold immer horizontal angelegt werden muss. Durch die Wölbung der Kuppeln war der Bedarf anfänglich falsch berechnet worden. Da der Goldpreis im Verlauf der Baumaßnahme gestiegen war, musste nicht nur mehr Gold, sondern der Mehrbedarf auch zu einem höheren Preis eingekauft werden.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek bestätigt Herr Fiala, dass keine Preisgleitklausel in den Vertrag eingebaut war. Der Goldpreis für die Fläche war zwar fix, aber die Fläche wurde größer.

Frau Darge weist darauf hin, dass Regressansprüche gegen den Architekten vom Rechtsamt geprüft werden. Es seien außerdem keine Unterlagen über Sanierungen in den Jahren 1958 und 1978 vorhanden. Man habe auch im Stadtarchiv und anderen möglichen Archivierungsorten nachsuchen lassen. Nach ihrem Kenntnisstand habe es 1978 auch keine Vergoldung der Kuppeln gegeben, sondern nur eine Abdichtung der Kuppeln und eine Sandsteinsanierung.

Auch der Hinweis, dass es Stadtverordnete gäbe, die schwören, sich an der Ausschreibung für die Vergoldung in 1978 beteiligt zu haben, ändert an der Aussage des Hochbauamtes nichts.

Herr Löber weist darauf hin, dass ein Prüfauftrag des Oberbürgermeisters angekündigt worden sei, dieser aber noch nicht vorliege.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 23. Januar 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Ausschuss erwartet, dass der Prüfauftrag des Oberbürgermeisters zur nächsten Sitzung vorliegt, möchte vor der Sommerpause 2008 über das Ergebnis des Prüfauftrages und über die Prüfergebnisse des Rechtsamtes hinsichtlich möglicher Regressansprüche informiert werden.

Einstimmig

0016 07-F-07-0036

Bewirtschaftung der Erlebnismulde auf dem Neroberg
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 29.08.2007 -

Der schriftlich vorliegende Bericht von Dezernat V wird zur Kenntnis genommen.

Stv. Reiß ist verwundert darüber, dass 13 Jahre lang ein Vertrag existiert, der aber nicht eingehalten wird.

Frau Rippelbeck (Amt für Grünflächen) weist darauf hin, dass der Vertrag neu formuliert werden muss und kontrollierbarer werden wird. Das Rechtsamt prüfe im Moment die Zusatzvereinbarung.

Stv. Klüssendorf geht davon aus, dass es zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein könne und fragt nach, ob denn der Pächter gewechselt werden soll oder sich nur die Zusatzvereinbarung ändert.

Das Auswechseln des Pächters ist nach Mitteilung von Fr. Rippelbeck nicht möglich. Sie weist darauf hin, dass der jetzt bestehende Vertrag seinerzeit vom Amt für Wirtschaft und Liegenschaften abgeschlossen wurde und auch die Vorverhandlungen mit dem Pächter von diesem Bereich geführt wurden, so dass sie dazu heute nicht Stellung nehmen könne.

Nach eingehender Diskussion, wie man mit diesem Vertrag, aber auch mit anderen Pacht- und Mietverträgen umgehen will, fasst der Ausschuss den Beschluss,

- o sich die Vertragsunterlagen und alle Zusatzvereinbarungen zur Erlebnismulde unverzüglich vorlegen zu lassen und
- o alle genehmigten Veranstaltungen in der Erlebnismulde der letzten 10 Jahre auflisten zu lassen.

Zusätzlich wird der Magistrat gebeten, dem Ausschuss bis zur Sommerpause einen Bericht vorzulegen, aus dem hervorgeht, in welcher Form eine Überwachung der Einhaltung von Miet- und Pachtverträgen sichergestellt werden soll, wobei der Gesamtkonzern Stadt Grundlage bildet.

In dem Bericht soll Stellung genommen werden zu

- o der Anpassung von Mieten und Pachten.
- o Die Objekte und der Vertragsbeginn sind aufzuführen.
- o Die Entwicklung der Anpassung von Mieten und Pachten ist darzustellen.
- o Wie werden die Einnahmen kontrolliert?
- o Wer kontrolliert die Angemessenheit der Pachthöhe und
- o Wer kontrolliert die Erfassung der vermieteten und verpachteten Objekte.

Sollten die Unterlagen nicht vollständig vorgelegt oder an sich nicht aussagekräftig genug sein, behält sich der Ausschuss vor, einen Akteneinsichtsausschuss einzurichten.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 23. Januar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Der Ausschuss wird evtl. in einem der nächsten Sitzungszüge den Bereich Verwaltungsjagd aufleben lassen.

Einstimmig

0017 **07-V-80-6004**

Dienstanweisung über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DVL); Anhebung von Freigrenzen

Herr Clasen, neuer Leiter des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften, stellt sich in der Sitzung vor.

Stadtrat Bendel berichtet, dass die städtische Neuregelung bereits von der Handwerkskammer und der IHK gelobt worden sei.

Herr Löber (Revisionsamt) fragt nach, ob das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften weiterhin die Meldung der Ämter sozusagen als Entlastung für das Revisionsamt prüft.

Herr Fiala stellt klar, dass sich das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften keineswegs als Außenstelle des Revisionsamtes versteht und keineswegs eine Prüfung im Sinne des Revisionsamtes vornehme, sondern lediglich schaut, ob die festgelegten Grenzen eingehalten wurden.

Vors. Tollebeek weist auf die dezentrale Ressourcenverwaltung hin, wodurch jeder Bereich selbst für seine Ausgaben usw. verantwortlich ist.

Stadtrat Bendel geht davon aus, dass mittlerweile über SAP die Ergebnisse der Meldungen problemlos dargestellt werden können.

Herr Fiala stellt abschließend noch einmal klar, dass man 2 Themen unterscheiden müsse. Früher wurden die Vergabelisten bei dem Amt für Wirtschaft und Liegenschaften auf Einhalten der Vergaberichtlinien hin geprüft und dann an das REvisionsamt weitergeleitet. Durch die veränderte Lage (SAP, DRV) hat sich die Listenführung in den Ämtern erledigt.

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass die Ämter so frei wie möglich arbeiten können sollten. Wenn etwas schief laufe, seien das Revisionsamt und auch der Revisionsausschuss gefragt.

Der Ausschuss beschließt zusätzlich, dass nach Ablauf von 6 Monaten ein Erfahrungsbericht bezüglich der geänderten Vergabegrenzen vorgelegt werden soll.

Einstimmig

0018 **07-V-33-0008**

Abschlussbericht 112. Vergleichende Prüfung "Kraftfahrzeugzulassungsstellen"

Der umfangreiche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 23. Januar 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Reiß teilt mit, dass die Zulassungsstelle im Vergleich mit den anderen kreisfreien Städten gut abgeschnitten habe.

Er fragt allerdings nach, warum an der Fortbildung, die angeboten wurde, nur 8 Mitarbeiter/innen teilgenommen haben - zu wenig Bereitschaft oder besser eine solche Fortbildung anordnen?

Frau Schupp weist darauf hin, dass es speziell für die KfZ-Zulassungsstelle eine Info-Veranstaltung gegeben habe, so dass der Fortbildungsbedarf nicht so hoch gewesen sei.

Herr Löber weist darauf in, dass es zu dem umfangreichen Bericht eine Zusammenfassung gäbe.

Der Ausschuss beschließt, dass die KfZ-Zulassungsstelle zeitnah berichten soll, ob und wie die Anregungen, die in der Zusammenfassung aufgeführt sind, umgesetzt wurden. Die Zusammenfassung wird dem Fachbereich zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

0019 **Verschiedenes**

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass in der nächsten Ausschusssitzung Berichte zu folgenden Anträgen behandelt werden können:

- o Kosten der Haushaltsumstellung
- o Mehrkosten Kita Christopherusgemeinde

Der Revisionsausschuss wird zukünftig öfter außerhalb des Rathauses tagen.

Es sind folgende Sitzungsorte vorgesehen:

27.02.2008	Sozialdezernat
16.04.2008	Entsorgungsbetriebe
13.08.2008	Kurbetriebe
29.10.2008	Baudezernat

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung ab 19.30 Uhr

0024 **07-A-19-0007**

Unregelmäßigkeiten im Sozialamt - Doppelzahlung von Sozialhilfeleistungen

Das Sozialdezernat hat zu der Doppelzahlung von Sozialhilfeleistungen eine Übersicht eingereicht, aus der hervorgeht, dass lediglich rd. 7.000 € nicht zurückgefordert werden konnten.

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 23. Januar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Bei einer Doppelzahlung von rd. 300.000 € ist dieser geringe Betrag zu vernachlässigen.

Die Angelegenheit ist für den Ausschuss erledigt.

Einstimmig

0025 **07-A-19-0014**

Bericht zur Besetzung der Stelle des Leiters des Revisionsamtes

Vors. Tollebeek teilt mit, dass die Ausschreibung der Stelle nach Aussagen von Oberbürgermeister Dr. Müller unmittelbar bevorsteht.

Der Punkt wird routinemäßig bei der nächsten Ausschusssitzung zum Aufruf kommen.

Einstimmig

0026 **07-A-19-0002**

Bericht der Antikorruptionsbeauftragten

Frau Schupp (AKB) teilt mit, dass das Handbuch als Muster vorliegt und gibt dieses zur Kenntnis. Das Handbuch soll in den kommenden Tagen in Druck gehen und allen Mitarbeiter/innen ausgehändigt werden. Die Druckkosten werden sich auf ca. 5.100 € belaufen, Kosten für Wiesbaden-Marketing i. H. v. 1.000 € kommen noch dazu.

Vors. Tollebeek weist noch einmal auf den bestehenden Beschluss hin, dass für den Druck notwendig werdende üpl-Mittel genehmigt werden.

Der Punkt „Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen“ ist zwar gesondert auf der Tagesordnung zu finden, Vors. Tollebeek fragt aber nach dem Umgang mit dem Mitarbeiter der Fa. Topgun in personalrechtlicher Hinsicht.

Stadtrat Bendel, der ebenso wie Herr Langanki (Leiter des Personal- und Organisationsamtes) zu der heutigen Sitzung eingeladen wurde, stellt klar, dass man trennen müsse, wer für das Personal zuständig sei - die ELW oder die LHW.

Für den Mitarbeiter des Sportamtes würden personalrechtliche Konsequenzen gezogen, wenn Sachverhalte diese rechtfertigten. Für eine Kündigung müssen allerdings Fristen eingehalten werden. Alle anderen personalrechtlichen Konsequenzen hätten eine unendliche Zeitschiene. Hier sei aber zu beachten, dass alle Punkte des Sachverhaltes genau beleuchtet werden müssten, da eine einmal verhängte Maßnahme eine stärkere Konsequenz ausschliesse, auch wenn zu einem späteren Zeitpunkt Erkenntnisse zu Tage kämen, die anstatt z. B. einer Ermahnung eine Abmahnung rechtfertigen würde.

Es läge noch keine Entscheidung über die möglichen Konsequenzen für den Mitarbeiter des Sportamtes vor, da die Ermittlung noch andauere.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek berichtet Frau Schupp, dass auch gegen andere Mitarbeiter Ermittlungen laufen.

Es habe ein Gespräch zwischen 11, 14 und AKB und den Verantwortlichen des Sportamtes stattgefunden, dass 11 initiiert habe. In diesem Gespräch habe die Sachgebietsleiterin des Personal- und Organisationsamtes erklärt, dass mit keinen personalrechtlichen Konsequenzen für den Mitarbeiter, der bei dem Verkauf des Hängers mitgewirkt hat, zu rechnen sei.

Vors. Tollebeek will die Gesprächsverläufe der Verwaltung nicht beleuchten. Der Ausschuss müsse aber sicherstellen, dass die LHW kein Geld an Kriminelle verliere. Wie die Zusammenarbeit zwischen 11, 14 und AKB laufe sei Sache des Magistrats.

Die unterschiedlichen Aussagen von Frau Schupp und Herrn Stadtrat Bendel sollen hier im Ausschuss nicht aufgearbeitet werden. Wenn allerdings Sachverhalte vorliegen, die personal rechtliche Konsequenzen notwendig werden lassen, sollen diese verhängt werden, das sei Interesse des Ausschusses.

Herr Langanki berichtet zu dem aktuellen Stand der Angelegenheit. Es habe Gespräche mit dem Mitarbeiter des Sportamtes gegeben. Ein Regelverstoß sei unstrittig. Der Umfang des Verschuldens müsse allerdings geklärt werden. Die Punkte, die der Mitarbeiter zu seiner Entlastung vorgetragen habe, müsse berücksichtigt werden.

Mit dem Inhaber der Fa. Topgun soll noch gesprochen werden. Man würde in aller Konsequenz auf Korruptionsverdacht reagieren.

Ein Schnellschuss würde aber niemand helfen (Einwurf Stadtrat Bendel).

Vors. Tollebeek fragt nach dem zeitlichen Rahmen bei der Prüfung des Falles. Der Ausschuss habe in der Vergangenheit den Eindruck gewonnen, dass die Verwaltung lange gewartet habe bei der Umsetzung von personalrechtlichen Konsequenzen. Dies sei demotivierend für die anständigen Mitarbeiter/innen der LHW.

Herr Langanki weist darauf hin, dass die AKB federführend bei der Aufklärung von Korruptionsverdacht sei. Die Vernetzung der Mitarbeiter ELW sei noch nicht geklärt. Man stehe aber im Austausch - es gäbe Monatsgespräche.

Frau Schupp und Herr Löber bekräftigen, dass es Fakt sei, dass die Sachgebietsleiterin des Personal- und Organisationsamtes für den Mitarbeiter des Sportamtes klar gestellt habe, dass es keine personalrechtlichen Konsequenzen gäbe. Es habe aber in der Zwischenzeit ein Gespräch mit 11 über die Unstimmigkeiten gegeben. Zukünftig sollen keine solchen Statements ohne vorherige Abstimmung abgegeben werden.

Herr Schütze (Sportamt) erklärt, dass ihm die Informationen von Herrn Löber neu seien. Das Sportamt habe bestehende Vorschriften nicht beachtet, aber eine Vorverurteilung darf trotzdem nicht stattfinden. Man könne dem Mitarbeiter nicht von vorne herein Illegalität unterstellen.

Stadtrat Bendel bestätigt, dass es eine personalrechtliche Würdigung des Falles geben wird.

Vors. Tollebeek erläutert, dass die Zusammenarbeit von 11, 14 und AKB wichtig ist. Die AKB wurde auf Drängen des Revisionsausschusses eingeführt und sie ist in alle Fälle einzubinden, in der es Verdachtsmomente in Bezug in Bezug auf Korruption gibt, in der personalrechtliche Konsequenzen angedacht sind, auch, wenn die Trennlinie manchmal schwierig zu ziehen ist.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Stadtrat Bendel kündigt an, dass der zeitliche Umfang der von Frau Schupp wahrgenommenen Tätigkeit als Antikorruptionsbeauftragte beleuchtet werden muss. Es muss geprüft werden, ob die jetzige zeitliche Aufteilung noch haltbar ist oder die Aufgabenwahrnehmung mehr Arbeitszeit erfordert.

Einstimmig

0027 **07-F-22-0002**

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

Über die Konsequenzen aus der Veräußerung von Gebrauchtfahrzeugen ist bereits unter dem Punkt „Bericht der Antikorruptionsbeauftragten“ beraten worden.

Herr Löber teilt mit, dass zur Zeit umfangreiche Listen von ELW ausgewertet werden, die Daten über die Auslastung der ausgegebenen Tankkarten enthalten. Diese werden mit den Fahrzeugdaten verglichen und schon jetzt seien Unstimmigkeiten aufgefallen.

Die Tankkarten gelten nicht nur für Fahrzeuge, sondern werden auch ausgegeben, wenn ein Rasenmäher, ein Laubbläser o.ä. benutzt wird. Für die Fahrzeuge werden zusätzlich Fahrtenbücher geführt.

Herr Wack berichtet von einem Gespräch mit dem Fuhrparkmanagement, bei dem Spielregeln definiert wurden. Gespräche mit ESWE folgen.

Im Jahr 2003 hat der damalige Oberbürgermeister eine Verfügung erlassen, in der geregelt wurde, dass Fahrzeuge zunächst städtischen Mitarbeiter/innen angeboten werden sollen, damit man diesen etwas zu Gute kommen lassen kann.

Herr Kröll (ELW) weist auf die geänderten Vorschriften des BGB in Bezug auf das Gewährleistungsrisiko, wodurch auch private Verkäufer in Regress genommen werden können - das könnte die ELW gar nicht leisten. Man würde im Moment Fahrzeugschätzer einsetzen, könnte sich aber eine externe Schätzung vorstellen, um die Objektivität zu erhöhen. Man habe angedacht, zukünftig über den geplanten Verkaufspreis eine schriftliche Zustimmung der Kämmerei einzuholen. Es sei nötig, die jetzt bei ELW stehenden Fahrzeuge baldmöglichst zu verkaufen.

Stv. Dr. Goßmann fragt nach, ob denn der Verkauf im Moment nicht ganz unterbliebe. So hätte er die Beschlusslage in Erinnerung.

Herr Wack und Herr Kröll bestätigen, dass der Verkauf an Gewerbetreibende weitergegangen sei. Es sei aber nur ein Fahrzeug verkauft worden und es gäbe ja nur einen eingeschränkten Kundenkreis. Es sei außerdem kein Fahrzeug verkauft worden, das intern geschätzt wurde, sondern nur 1 Fahrzeug, das ein externer Gutachter geschätzt habe. Dieses Fahrzeug sei an ein privates Entsorgungsunternehmen zum Händlerverkaufswert verkauft worden.

Vors. Tollebeek weist mit allem Nachdruck darauf hin, dass die Verkäufe völlig zu unterbleiben haben, bis ein neues Verfahren entwickelt wurde. Es bestehe erheblicher Korruptionsverdacht. Sollte die ELW einen erheblichen Verlust durch die unterbliebenen Verkäufe hinnehmen müssen, würde das entsprechend gewürdigt.

Seite 14 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 23. Januar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Der Ausschuss beschließt, dass das Gutachten zu dem an das Entsorgungsunternehmen verkauften Fahrzeuges unverzüglich dem Ausschuss vorzulegen ist.

Er weist weiter darauf hin, dass der Antrag immer noch steht, dass die LHW Fahrzeuge gar nicht mehr verkaufen soll. Im Moment sähe es so aus, als ginge der Weg in eine andere Richtung als durch den Antrag der Koalition angedacht.

Herr Kröll weist darauf hin, dass man mit der Beschaffung von Fahrzeugen nichts zu tun habe, sondern dass dies Sache von ESWE sei. ESWE würde den Verkauf von Fahrzeugen der LHW übernehmen, dort sei das Verkaufsverfahren auch durch eine eigene Revision abgesichert. Man würde sich gern ESWE anschließen. Eine Alternative wäre das sog. Staats-Ebay, wie die Modalitäten dort sind, muss noch geklärt werden.

Vors. Tollebeek weist noch einmal darauf hin, dass ebay angedacht und Ziel der Koalition sei.

Lt. Stv. Dr. Goßmann ist die Begutachtung der Fahrzeuge schon ausschlaggebend und muss festgelegt werden.

Als Verkauf von Fahrzeugen zählt nicht die Abgabe von Fahrzeugen von einem Amt zu einem anderen Amt.

Vors. Tollebeek fragt nach den personalrechtlichen Konsequenzen gegen den Mitarbeiter der ELW, der zwischenzeitlich bei dem Amt für Verkehrsüberwachung eingesetzt war.

Herr Wack unterrichtet darüber, dass der Mitarbeiter von März bis Dezember 2007 bei dem Amt für Verkehrsüberwachung eingesetzt war, dann erkrankte und seit Januar beim Umweltamt eingesetzt ist. In der kommenden Woche würde ein Personalgespräch stattfinden. Wenn sich der Sachverhalt so bestätige, sei eine Abmahnung geplant. Es sei ein arbeitsrechtliches Gutachten erstellt worden, das besagt, dass die dem Mitarbeiter vorgeworfenen Handlungen keine Kündigung zulassen. Die Abmahnung sei die Maßnahme, die höchstens verhängt werden könne.

Beim Umweltamt sei der Mitarbeiter mit dem Aufspüren und Ahnden von wilden Ablagerungen betraut.

Herr Löber informiert darüber, dass am heutigen Tag ein Gespräch zwischen Frau Stadträtin Zeimetz-Lorz, Frau Schupp, Herrn Wack, ihm selbst und Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller stattgefunden habe.

Durch die Umsetzung des Mitarbeiters sei Herr Wack nicht mehr weisungsbefugt, wenn der Mitarbeiter länger als 6 Monate nicht mehr im Bereich ELW tätig ist.

Auf Nachfrage von Vors. Tollebeek, ob der Mitarbeiter denn eine Genehmigung zum Führen der Firma Topgun habe, berichtet Herr Wack, dass Nebentätigkeit nur anzeigepflichtig sind. Es sei bekannt, dass der Mitarbeiter eine Genehmigung zum Handel mit DVD's habe. Ob eine Genehmigung für die Fa. Topgun vorliege, werde in der kommenden Woche geklärt.

Ein Gewerbe hat er angemeldet, das sei geprüft worden.

Der Ausschuss erwartet noch im Februar einen Vorschlag, wie das Vergabeverfahren zukünftig gestaltet werden kann.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0028 07-A-19-0015

Sonderprüfung Neubau Rhein-Main-Halle durch das Revisionsamt

Herr Löber gibt einen mündlichen Zwischenbericht.

Bei 15 Aufträgen sei noch keine Schlussrechnung erstellt. Die bisher veranschlagten Baukosten werden bei weitem überschritten (5,9 Mio € geplant - bisher bereits 8,4 Mio € netto beglichen - 270.000 € im Obligo). Die Durchführung von Brandschutzmaßnahmen steht noch aus. Man kann davon ausgehen, dass durch die Brandschutzmaßnahmen insgesamt Kosten von ca. 10 Mio € entstehen werden.

Bei der Elektroinstallation musste ein zusätzliches Trafohäuschen gebaut werden. Die Glaslamellenfassade hat sich als problematisch herausgestellt. Die beauftragte Firma kommt aus München, ein Subunternehmer ist in Wiesbaden eingesprungen. Eine polnische Firma war im Einsatz, die mit Hubwagen - nicht mit einem Gerüst arbeiten wollte.

Die Glaslamellenkonstruktion musste wieder demontiert werden, weil die Elemente zu schwer für die Fassade waren. Auf der Baustelle kam es zu Eskalationen. Die Glasfassade konnte nur noch als starres Element gestaltet werden. Die ursprünglich angeschafften Motoren zum Bewegen der Glaslamellen bleiben nun unbenutzt.

Der Architekt hat sein eigenes Honorar in der Kostenaufstellung nicht berücksichtigt. Hier ist jetzt das Rechtsamt eingeschaltet worden. Es muss u. a. geklärt werden, wie viel der Architekt mehr verdient hat, weil die Maßnahme sehr viel teurer geworden ist. Vertraglich war festgelegt, dass er einen Bonus erhalten würde, wenn die ursprünglichen Kosten unterschritten würden. Es ist zu vermuten, dass der Architekt sehr viel besser mit dem erhöhten Honorar durch die verteuerte Maßnahme gefahren ist.

Stv. Dr. Goßmann wirft ein, dass der Umbau der Rhein-Main-Halle zum Ball des Sports fertig sein sollte, das war erklärtes politisches Ziel. Der Architekt sollte möglichst keine Aufträge der Stadt mehr bekommen.

Die Prüfung wird fortgesetzt.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .02.2008

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Koch

Koba

Seite 16 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 23. Januar 2008

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--
